

Herausforderung KAP

Die diesjährigen Lohngespräche, welche üblicherweise im Mai stattfinden, wurden für einmal im Bankettsaal des «Bernerhofs» abgehalten. Da Mai noch viel zu früh ist, um definitive Lohnforderungen zu stellen, konzentrierte sich das Gespräch mit der Finanzministerin auf das Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungsprogramm KAP sowie auf das Verhandlungspaket, das im Rahmen der Anpassung der Überbrückungsrente geschnürt wurde.

Janine Wicki

Wie jedes Jahr prognostizierte uns die Finanzministerin ein strukturelles Defizit. Bis anhin ist es jedoch, trotz negativen Prognosen in den vergangenen Jahren, immer zu erfreulichen Abschlüssen des Bundes gekommen. Doch dieses Mal dürften sich die Prognosen aufgrund der Masseneinwanderungsinitiative tatsächlich bewahrheiten. Das Volks-Ja am 9. Februar habe internationale Unternehmungen dazu bewogen, ins Ausland abzuwandern, führte die Finanzministerin aus. Die fehlenden Steuereinnahmen werden sich voraussichtlich im 2016 zu Buche schlagen.

Eine weitere Herausforderung, die in naher Zukunft anstehen wird, ist das KAP. Im Rückweisungsantrag – der aufgrund einer unheiligen Allianz zwischen SVP und SP zustande gekommen ist – soll der Bundesrat aufzeigen, wie in der Bundesverwaltung beim Personalbudget 300 Millionen gekürzt werden können. Das Schizophrene an dieser Sparübung ist, dass nun alle Departemente und Bundesämter aufzeigen müssen, wo eingespart werden kann. Dies, obwohl in etlichen Bereichen eigentlich ausgebaut werden müsste. Gerade aufgrund der immer lauter werdenden Rufe der bürgerlichen Politik nach mehr Sicherheit, Grenzkontrolle und schnelleren Asylverfahren. Und genau jene Bereiche würden durch diese unseriöse und nicht annähernd durchdachte Sparpolitik abgestraft. Das KAP dürfte nächstes Jahr in den Räten debattiert werden. transfair wird sich mit gezielter Lobbyarbeit in der Ratsmitte diesen Sparanträgen mit aller Vehemenz widersetzen.

Ein weiterer Diskussionspunkt war die Anpassung der Überbrückungsrente. Vertreter



der Personalverbände haben im vergangenen Jahr in einer Arbeitsgruppe zusammen mit Vertretern der Departemente, des EPA wie auch der PUBLICA die Eckwerte zur Überbrückungsrente und zum Sozialplan neu verhandelt. Da das Geschäft jedoch noch nicht dem

Gesamtbundesrat vorgelegt werden konnte und daher noch keine verbindlichen Zahlen über die frei werdenden Mittel vorliegen, wurde die Diskussion über die Verwendung der eingesparten Gelder auf die Lohnverhandlungen im November verschoben.